

SCHOTTERWERK - Betreiber, Bürgerinitiative und Gemeinde einigen sich auf Kompromiss. Rat billigt Erweiterungsantrag

Schotterwerk Genkingen will erschütterungsarm sprengen

VON PETRA SCHÖBEL

SONNENBÜHL. »In diesem Beschlussvorschlag steckt harte Arbeit.« Mit diesen Worten machte Bürgermeister Uwe Morgenstern gleich zu Beginn der Beratung deutlich, dass das Thema Schotterwerk-Erweiterung nach wie vor Sprengstoff enthält. Nach intensiven Verhandlungen hatten sich die Betreiber des Steinbruchs, die Bürgerinitiative der Anwohner und die Gemeindeverwaltung auf einen Kompromiss geeinigt.



Im Genkinger Schotterwerk soll der Abbau künftig in nordwestlicher Richtung fortgesetzt und gleichzeitig die Rekultivierung des Steinbruchs intensiviert werden. ARCHIVBILD: GROHE

Im Mittelpunkt steht dabei, beim Sprengen so wenig Erschütterungen wie möglich zu verursachen. Die Eckpunkte der Vereinbarung sollen in das Genehmigungsverfahren einfließen oder im Pachtvertrag festgeschrieben werden. Nach gut eineinhalb Stunden Diskussion, die rund siebzig Zuschauer im Ratssaal verfolgten, erteilte der Gemeinderat einstimmig sein Einvernehmen zur Erweiterung und den ausgehandelten Maßnahmen.

Landschaftsplaner Markus Herthneck (Stuttgart) rekapitulierte zunächst die Entstehungsgeschichte des Erweiterungs-Antrags, an dem er zusammen mit weiteren Experten seit 2012 gearbeitet hat und der im September offiziell eingereicht worden war. Drei Ziele werden damit vorrangig angestrebt: die Erweiterung der Abbau-Kapazitäten bis zum Jahr 2025, neue Maßgaben für die Rekultivierung sowie die Änderung der Sprengparameter.

Neu aufgenommen in die ausgehandelten Regelungen wurde zum Beispiel, das Sprengungen künftig mit bis zu 15 Zündlöchern und elektrischem Zündsystem vorgenommen werden sollen. Auf diese Weise, erklärte Herthneck, könnte die Sprenghäufigkeit reduziert sowie die Belastung der Anwohner im Wohngebiet »Strieh« minimiert werden. Vereinbart wurde außerdem, dass der Betrieb im Steinbruch in der Regel von 6.30 bis 20.30 Uhr gestattet ist, die Sprengzeiten aber auch 8 bis 12 Uhr und 15 bis 18 Uhr beschränkt bleiben.

Rekultivierungsplan steht

Der Landschaftsarchitekt rechnete vor, dass von den insgesamt rund 1,4 Millionen Kubikmetern abbaufähigen Materials tatsächlich etwa eine Million Kubikmeter (was zwei Millionen Tonnen entsprechen) verwertet werden könnten. »Wir gehen von einem Verkauf von 75 000 bis maximal 100 000 Kubikmeter pro Jahr aus«, erläuterte Herthneck, sodass der Abbau in den nächsten 10 bis 13 Jahren gesichert sei.

Vorgesehen sei außerdem, den Steinbruch weitgehend wieder zu verfüllen. Erhalten bleiben vor allem die oberen Bereiche der nördlichen Steilwand. Die in diesem Gebiet üblichen Flachland-Mähwiesen sollen nach der Rekultivierung wieder hergestellt und nutzbar sein. Geplant sei zudem, eine kleine Kuppe bis auf eine Höhe von 830 Meter zu modellieren, die es früher dort auch gegeben habe. Pro Jahr werde mit einer Verfüllmenge von 150 000 Kubikmeter gerechnet.

Auf die für den Antrag erstellten Fachgutachten eingehend, erklärte Herthneck, dass die gemessenen Werte für die Erschütterung, für Schall und Staub die zulässigen Grenzwerte teils deutlich unterschreiten. Die Abbaufäche werde nicht näher als 345 Meter an die Wohnbebauung heranrücken. Herthneck bewertet demnach die Erweiterung als unproblematisch. Die vereinbarten Maßnahmen würden zur Reduzierung der Belastung der Anwohner führen.

»Klasse, dass es noch zu einer Einigung gekommen ist«, eröffnete Manuel Hailfinger die Debatte. Auch Maximilian Kumpf lobte die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten. Heinz Hammermeister schloss sich an: »Der beste Satz in der Beschlussvorlage lautet: ›Das Schotterwerk und die Bürgerinitiative haben den Vorschlägen zugestimmt‹«, betonte er.

Der Beschluss des Gemeinderats ermöglicht es dem Schotterwerk Herrmann, die Abbaufäche um 2,1 Hektar zu erweitern. Der Betrieb verpflichtet sich, den sogenannten KB-Wert – mit dem die Erschütterungen gemessen werden – von 2,0 nicht zu überschreiten. Der übliche KB-Wert, an dem sich die Genehmigungsbehörden orientieren, liegt mit 6,0 deutlich darüber.

In den Beschluss übernommen hat das Gremium zudem etliche Vorschläge des Ortschaftsrats Genkingen: So soll zur Minderung der Sprengauswirkungen zwei Jahre lang ein Pre-Splitting-Verfahren erprobt werden. Dessen Wirksamkeit wird dann ein Gutachter, den die Gemeinde bezahlen wird, überprüfen. Abweichend zu einem früheren Ratsbeschluss soll die Sprengwand nicht nach Norden, sondern nach Nordwesten abgebaut werden. Die Messergebnisse der Sprengungen werden – wie bereits begonnen – auf der Homepage des Schotterwerks veröffentlicht. Die Bürgerinitiative wird im Vorfeld von Sprengungen rechtzeitig über den Termin informiert.

Regelmäßiges Monitoring

Vereinbart und festgeschrieben wurde auch ein regelmäßiges Monitoring. Das bedeutet, dass sich Vertreter des Schotterwerks, der Initiative und der Gemeinde regelmäßig zusammensetzen, um Ergebnisse und das weitere Vorgehen zu besprechen. Ein von der Gemeinde beauftragter, unabhängiger Sprengsachverständiger soll die Umsetzung dieses Konzepts für erschütterungsarme Sprengungen begleiten. Sollte der KB-Wert von 2,0 mehrfach um mehr als 20 Prozent überschritten werden, sieht der Ratsbeschluss vor, dass dann weitere Maßnahmen eingeleitet werden, um die Erschütterungen zu reduzieren.

(GEA)